Beschluss Demokratie unter Feuer: Aktive schützen, Strukturen stärken

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

25.10.2025 Beschlussdatum:

10 Sonstige Anträge Tagesordnungspunkt:

Antragstext

Unsere Demokratie lebt von Menschen, die sich vor Ort engagieren: als

Ortsteilbürgermeisterin, in Bürgerinitiativen, bei Bildungsprojekten oder

Bürgerbündnissen gegen Rechtsextremismus. Viele der Gruppen und Projekte vor Ort

arbeiten ehrenamtlich oder unterfinanziert. Dabei sind die lokal Engagierten so

wichtig wie noch nie – denn Demokratie muss in unserem Alltag stattfinden, um

erlebbar zu werden, und jeden Tag neu eingeübt und aufrecht erhalten werden.

Umso bedenklicher ist es, dass Antifaschist*innen, zivilgesellschaftlich und

kommunalpolitisch Engagierte in Thüringen wie bundesweit zunehmend

Einschüchterung, Bedrohungen und Übergriffen ausgesetzt sind. Besonders stark

sind dabei Menschen betroffen, die sich gegen Rechtsextremismus, für eine

vielfältige Gesellschaft oder in der Lokalpolitik engagieren. Diese Angriffe

kommen nicht nur, aber überwiegend aus extrem rechten Strukturen und verfolgen

insbesondere das Ziel, lokal Engagierte zu verdrängen und damit unsere

Demokratie zu schwächen, demokratisches Engagement zu delegitimieren und

Engagierte zu verunsichern. Das führt dazu, dass immer mehr Menschen ihre

Mitgliedschaften bei progressiven Parteien geheim halten, ihre ehrenamtliche

Arbeit aufgeben oder nicht mehr für kommunale Ämter und Mandate kandidieren.

Wenn demokratisch Handelnde sich zurückziehen müssen, schwindet die

demokratische Substanz unserer Gesellschaft. Daher muss es ein übergeordnetes

Ziel aller demokratischen Kräfte unserer Gesellschaft sein,

zivilgesellschaftlich und kommunalpolitisch Aktive zu schützen und strukturell

abzusichern. Indem wir demokratisch Engagierte schützen und stärken, sichern wir

das Fundamt unser Demokratie. Wir leisten Widerstand gegen antidemokratische

Strategien, die darauf abzielen, Beteiligung zu verhindern oder zu

delegitimieren.

Doch es gibt auch immer mehr subtile Versuche, die lokale Arbeit für Demokratie und vielfältige Gesellschaft zu unterminieren – etwa indem Vertreter*innen der extremen Rechte sich in Begleitgremien für die lokalen "Partnerschaften für Demokratie" wählen lassen. Oder indem sie kleine Anfragen zu konkreten Projekten stellen mit dem Ziel diese zu delegitimieren oder einzuschüchtern. Die CDU zeigt sich hier als willige Erfüllungsgehilfin, indem sie extrem rechte Kandidat*innen mitwählt, in die Verächtlichmachung anderer demokratischer Parteien einstimmt oder selbst die Legitimität von Demokratieprojekten gegen Rechts anzweifelt, wie es jüngst die für diese Förderprogramme zuständige Bundesfamilienministerin der CDU tat. Auch für die Union muss gelten: Gerade in Zeiten erstarkender rechter Strukturen müssen demokratische Kräfte zusammenstehen, sich klar gegen Rechtsextremismus positionieren und an einem Strang ziehen, wenn es um dessen Bekämpfung von geht. Doch klar ist auch, dass es endlich wirksame Maßnahmen braucht, um lokale Aktive für Demokratie und Vielfalt zu schützen. Viele fühlen sich von staatlichen Strukturen allein gelassen, für die sie sich doch

eigentlich engagieren. Mit verlässlichen rechtlichen, strukturellen und

finanziellen Maßnahmen können wir gewährleisten, dass Menschen, die sich für

- Demokratie und vielfältige Gesellschaft einbringen, nicht allein gelassen werden, sondern unterstützt und geschützt. Wir fordern daher:
- Verbindliche politische Bekenntnisse und Schutzpflichten
 Auf allen staatlichen Ebenen Kommune, Land, Bund muss ein
 unmissverständliches Bekenntnis zur Unterstützung demokratischen
 Engagements und des Einsatzes gegen Rechtsextremismus erfolgen. Dieses
 Bekenntnis soll als Auftrag verstanden werden, nicht als Symbolpolitik.
- Planungssicherheit und Entlastung für geförderte Projekte und Arbeit gegen Rechtsextremismus
 Projektmitarbeiter*innen und Engagierte können besser mit Anfeindungen umgehen, wenn sie in verlässlichen Strukturen sowie gesicherten Finanzen arbeiten und nicht ständig einem Verlust von Fachkräften ausgesetzt sind.
 Die Antragstellung und Abrechnung von zivilgesellschaftlichen Projekten müssen deutlich vereinfacht werden, damit Initiativen ihre Zeit und Energie in die inhaltliche Arbeit statt in Bürokratie investieren können.
 Gleichzeitig braucht es eine verlässliche Finanzierung: Förderungen von langfristig angelegten Strukturen dürfen nicht mehr auf wenige Jahre befristet sein, sondern müssen kontinuierlich und stabil ausgestaltet werden. Wichtige Programme wie Elly, ezra und Mobit müssen angesichts der großen Nachfrage ausfinanziert werden. Nur so entstehen Planungssicherheit und Strukturen, die nachhaltige Demokratieförderung ermöglichen.
- 5. Ein Demokratiefördergesetz verabschieden
 Wir fordern die Verabschiedung eines Demokratiefördergesetzes in
 Thüringen, das Demokratieförderung als dauerhafte staatliche Aufgabe
 festschreibt. Damit werden Projekte, Beratungsstellen und
 Bildungsinitiativen verlässlich und langfristig abgesichert, anstatt von
 kurzfristigen Programmen und wechselnden Haushaltslagen abhängig zu sein.
 Ein solches Gesetz muss feste Finanzierungsstrukturen schaffen,
 Transparenz und Qualität sicherstellen und die Mitwirkung von
 Zivilgesellschaft und Praxisakteur*innen garantieren. So entsteht eine
 sichere Grundlage für die Weiterentwicklung demokratischer Strukturen im
 Land.
- Zentrale Melde- und Unterstützungsstelle für bedrohte Engagierte
 Es muss eine unabhängige Meldestelle geschaffen werden, die Menschen, die sich für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft oder in der
 Kommunalpolitik engagieren, die Opfer von Drohungen, Einschüchterung oder Gewalt sind, direkt berät, begleitet und bei rechtlichen sowie sicherheitstechnischen Maßnahmen unterstützt.
- 5. Konsequente Strafverfolgung und Sensibilisierung der Behörden
 Übergriffe gegen demokratisch Engagierte müssen konsequent aufgeklärt und
 geahndet, entsprechende Personalkapazitäten bereitgestellt werden. Der
 staatliche Schutzauftrag muss auf alle Engagierte für Demokratie und
 offene Gesellschaft ausgeweitet werden. Polizei, Staatsanwaltschaft und
 Gerichte müssen sensibilisiert und geschult werden, um Bedrohungen als

- Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die vielfältige Gesellschaft zu verstehen und nicht als "Einzelfall".
- Monitoring und statistische Erfassung von Übergriffen
 Es muss ein Instrument etabliert werden, das systematisch Bedrohungen,
 Einschüchterungsversuche und Gewalttaten gegen Engagierte für Demokratie
 und vielfältige Gesellschaft erfasst (bundes- und landesweit). Nur durch
 verlässliche Zahlen lassen sich wirksame Gegenstrategien entwickeln.
- 7. Erleichterter Schutz personenbezogener Daten / Auskunftssperren
 Wir fordern eine deutliche Senkung der Hürden für Auskunftssperren in
 Melderegistern und öffentlichen Verzeichnissen zum Schutz von Engagierter
 für Demokratie und vielfältige Gesellschaft. Wo Gefahr besteht, müssen
 personenbezogene Daten zuverlässig geschützt werden können. Dieser Vorgang
 muss einfach verständlich, mit möglichst wenig Hürden durchzuführen sein
 und im Zweifelsfall schnell umgesetzt werden.
- 0666 Öffentlichkeitskampagnen zur Wertschätzung von Engagement für Demokratie und vielfältige Gesellschaft
 Wir fordern begleitende Kampagnen, die den Wert und die Bedeutung von Engagement für Demokratie und Vielfalt in Kommunen und Zivilgesellschaft hervorheben. Damit soll das gesellschaftliche Bewusstsein erhöht und neue Menschen zum Engagement für unsere offene und vielfältige Gesellschaft motiviert werden.
- Intensivierung von Maßnahmen gegen extrem rechte Strukturen
 Landes- und Bundesregierung sind aufgerufen, den Kampf gegen
 Rechtsextremismus als staatliche Aufgabe ernst zu nehmen und die Maßnahmen
 gegen die extreme Rechte zu intensivieren. Dazu gehört insbesondere die
 Ausweitung von Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit vor Ort,
 konsequente Strafverfolgung rechtsextremer Gewalttaten sowie Zerschlagung
 von Strukturen der extremen Rechten.

Unterstützer*innen

Clara Käßner (KV Gera); Stefano Minardi (KV Jena); Christian Heine (KV Wartburgkreis/Stadt Eisenach); Judith Kalbhenn (KV Unstrut-Hainich); Wolfgang Volkmer (KV Jena)